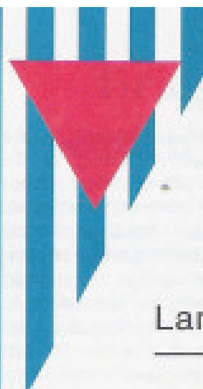


DER BREMER ANTIFASCHIST

DM 1,-

Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

Juni/1998

Zehn Jahre Lidice-Haus

Etwa 100 Personen hatten sich am 25. April im Lidice-Haus in Bremen St. Magnus eingefunden, um das zehnjährige Jubiläum dieser Jungendbildungsstätte zu feiern. In mehreren Ansprachen wie auch in der Festschrift, wurden die Geschichte des Hauses, die Schwerpunkte der Arbeit um die Verdienste des leitenden Kollektivs dieser Institution, Heiner Erling, Anette Klasing und Andrea Müller gewürdigt.

Die Lidice-Initiative und in ihr die Vertreter der VVN/BdA – allen voran unser Ehrenvorsitzender Willy Hundertmark – waren von Anfang an dabei. Sie haben besonders in der schwierigen Situation 1986/87, als der Senat die Bildungsstätte schloß und dort Eigentumswohnungen bauen lassen wollte, aktiv solidarisch an der Seite derer gestanden, die diese Pläne vereitelten und einen Neuanfang ermöglichten.

Der Sprecher der Lidice-Initiative, unser Kamerad Dr. Ernst Uhl, schreibt in seinem Beitrag zur Festschrift u. a.: „Am 29. September 1983, dem 45. Jahrestag des schlimmen Münchner Abkommens, das die Tschechoslowakei einst der Willkür Hitlers preisgab, bekam die Jugendbildungsstätte Bremen St. Magnus den Namen *Lidice-Haus*.

Lidice – das bedeutet Hinwendung zu Antifaschismus, kritisches Aufarbeiten der jüngsten Geschichte, Absage an rechtsextreme und neonazistische Tendenzen. Vor diesem Hintergrund mit Jugendlichen arbeiten, Ort für internationale Begegnungen zu sein, Bildungsseminare und Resozialisierungsprogramme durchzuführen – alles das ist ein hoher Anspruch."

Hervorheben möchte ich in diesem Zusammenhang die kritischen Worte des Geschäftsführers Heiner Erling zur Absicht, öffentliche Gelöbnisse der Bundeswehr durchzuführen. Sinngemäß brachte er zum Ausdruck, daß diese Vorhaben angesichts der wachsenden Anzahl rechtsextremer und neonazistischer Vorfälle in der Bundeswehr im Gegensatz zur antifaschistischen Arbeit der Bildungsstätte stehen.

Zudem sei es geradezu makaber, die Durchführung auf den 9. Juni anzusetzen, dem Datum, an dem vor 56 Jahren, in der Nacht vom 9. auf den 10. Juni 1942 das blutige Massaker gegen das böhmische Dorf Lidice und seine Menschen verübt wurde.

Herbert

Kein öffentliches Gelöbnis

Eine glatte Absage erteilte Bundesverteidigungsminister Volker Rühe dem Angebot des Bremer Senats, am 9. Juni ein öffentliches Rekrutengelöbnis auszurichten. Rühe äußerte Sicherheitsbedenken gegen Rathaus und Marktplatz. Für Bernd Neumann (CDU) sind nun wohl die SPD-Linken daran Schuld, daß im Weserstadion eine Rasenheizung statt Gelöbnis eingebaut wird. Mit Sicherheit aber haben die zahlreichen Unterschriften unter die Bremer Erklärung gegen ein öffentliches Rekrutengelöbnis zu einem Klima beigetragen, das ein Versuch der Hardthöhe im Sande verlief, vom inneren Zustand der Bundeswehr abzulenken.

Raimund

Aufstehen ....

.... für eine andere Politik! Heraus aus der Zuschauerdemokratie!

Unter diesem Motto findet am 20. Juni 1998 in Berlin eine Großdemonstration statt, an der Aktionsbündnisse von Arbeitslosen, GewerkschafterInnen, kirchlichen Initiativen, Frauengruppen, Studierende, Basisgruppen und TrägerInnen der Erfurter Erklärung beteiligt sind.

Die Gewerkschaft Holz und Kunststoff, die IG Medien, die HBV und zahlreiche DGB-Kreise rufen ihre örtlichen Gruppen auf, sich zu beteiligen.

Ein Bremer Organisationsbüro befindet sich bei der DFG/VK, Am Wall 164 (Tel. 32 25 30).

Näheres zu dieser Veranstaltung findet ihr auf dem Flugblatt im Innenteil des BAFs!

Antifaschistischer Stadtrundgang

Am 27. April führte unser Kamerad Willy Hundertmark wieder mit einer Klasse der Waldorfschule einen antifaschistischen Stadtrundgang durch. Als Interessierter habe ich daran teilgenommen und muß eingestehen, daß mir als alter Bremer viele historische Tatsachen aus der Innenstadt unbekannt waren. Die 18 Teilnehmer wurden ausführlich von Willy an verschiedenen Punkten unterrichtet. Am eindrucksvollsten für mich, war die Stelle im Landgericht Bremen im zweiten Stock mit einer Gedenktafel über 50 Todesurteile, ausgesprochen von damaligen Richtern, die überwiegend nach der Naziherrschaft nicht nur weiter „richten" durften, sondern auch noch die Erfolgsleiter besteigen konnten.
Als Willy über den jungen polnischen Zwangsarbeiter Walerjan Wrobel berichtete, kam ein amtierender Richter und bot sich an, uns den Verhandlungssaal zu zeigen, wo Walerjan Wrobel zum Tode verurteilt wurde. Er bestätigte die Ausführungen von Willy und gab weitere authentische Einzelheiten bekannt.
So wurde der „Todesrichter" nach 1945 Landesgerichts-Präsident, kaum zu glauben, aber wahr! Interessierten Journalisten, die sich über den Fall Walerjan Wrobel und weitere Urteile vor einiger Zeit informieren wollten, sei Akteneinsicht verwehrt worden, mit dem Hinweis auf persönlichen Datenschutz. Aber kein Datenschutz über die Verurteilten, sondern über die Nazirichter!!
Diese Ausführungen wurden von den Teilnehmern mit Bestürzung und teilweiser Wut aufgenommen. Man konnte sich so etwas nicht vorstellen.
Wie gesagt, auch für mich war alles sehr interessant und ich hoffe, daß Willy weiterhin diese Stadtrundgänge durchführen kann. Es kann jeder teilnehmen.

Friedel

Arbeitslosenbewegung 1931

Die derzeitige Arbeitslosenbewegung ist ein sichtbares Zeichen dafür, daß die politische Lethargie in der Bundesrepublik nicht endlos sein muß. Sie ist inspiriert von den Massenprotesten in Frankreich. Aber auch die Weimarer Republik kannte solche Proteste. Sie richteten sich bereits damals gegen soziale Entrechtung und Hetze der Nazis. Willy Hundertmark beschreibt in seinem Buch „Erinnerungen an ein widerständiges Leben" (Edition Temmen, 1997) die Kämpfe der Arbeitslosenbewegung im Ruhrgebiet:

„Die Arbeitslosenausschüsse in den einzelnen Städten wurden in gut besuchten Versammlungen gewählt. Nach Parteimitgliedschaft wurde nicht gefragt. Parteilose waren wohl in der Mehrheit, Sozialdemokraten haben sich auch beteiligt und natürlich sind auch viele Arbeitslose in die KPD eingetreten. (...)
Die Arbeitslosenausschüsse finanzierten sich durch den Verkauf der Arbeitslosenzeitung. Die kostete zehn Pfennig und wir haben damals zigtausende Zeitungen direkt vor dem Arbeitsamt verkauft. Meistens hat auch noch der Verkäufer einen Pfennig vom Verkaufspreis bekommen. (...)
Die Kämpfe der Arbeitslosen nahmen dann zu. Ein Beispiel aus Essen: Damals richteten die Kommunen Arbeit ein für junge Arbeitslose, die keine Unterstützung bekamen oder die vom Wohlfahrtsamt unterstützt wurden. Die wurden 3 Tage die Woche à 4 Stunden beschäftigt. Dafür kriegten sie 3,50 bis 5 Mark, je nachdem. Wir haben als Arbeitslosenausschuß dafür gekämpft, diese Arbeit mit dem Tariflohn zu bezahlen.

Das wurde eine regelrechte Bewegung und als die Bewegung auf dem Höhepunkt war, hat die Stadt Essen die ganzen Arbeiter von Sonnabend auf Montag entlassen. Wir haben die Arbeiter aufgefordert, am Montag erst zu den Baustellen und dann in die Stadt zu gehen. Etwa 4.000 Mann, die eine solche Arbeit hatten, marschierten am Montagmorgen zur Stadt. (...) Ich hatte gerade angefangen zu sprechen, da marschierte die Polizei in Schützenlinie gegen die Kundgebung vor und es kam zu Kämpfen. Solche Auseinandersetzungen gab es damals im ganzen Ruhrgebiet und sicher auch in vielen anderen Städten in Deutschland. In der Zeit der Arbeitslosenbewegung, als Arbeitslosenredakteur, war mein und unser Hauptziel immer, die verlogene Losung zu bekämpfen, die die Nazis hatten: „Wenn wir an die Macht kommen, werden wir die Arbeitslosigkeit beseitigen." Wir wollten die Arbeitslosen davon abhalten, auf diese Propagandalüge reinzufallen. (...) Hitler machte ja so viele Versprechen und wurde so hochgejubelt, daß natürlich viele Arbeitslose ins Zweifeln kamen und ihm glauben wollten. Aber wir wußten ja schließlich auch von Leuten wie Emil Kirdorf. Der marschierte bei Aufmärschen der NSDAP an der Spitze des Zuges. Herr Kirdorf war der Generaldirektor des Ruhrkohle-Syndikates, ein sehr mächtiger Mann. (...) Kirdorf hatte eine dreiviertel Million Reichsmark Aufnahmegebühr für die NSDAP bezahlt, das war ein unglaublicher Haufen Geld.
Auch andere Unternehmer hatten schon 1923 die NSDAP unterstützt, das war doch bekannt. Und wenn die also heu[te] als Industriebosse die Arbeitslosigke[it] nicht bekämpfen können oder wollen, werden sie das unter einem Hitler auch nicht können. Es sei denn, sie bereiten den Krieg vor."

Thomas

Freiheit der Forschung?

Der Bundesausschuß der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) warnt die Öffentlichkeit vor einem neuen Anschlag auf die Menschenrechte:
Noch in dieser Legislaturperiode soll der Bundestag den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur Bioethik-Konvention des Europarates beschließen. Sie erlaubt medizinische Forschungsexperimente an Menschen, die als altersverwirrt, unmündige oder geistig schwerstbehinderte Personen zu nichteinwilligungsfähig erklärt und damit ohne ihre Zustimmung und ohne medizinischen Nutzen für sie als Forschungsobjekte behandelt werden.

Dieses Verfahren, deklariert als "Freiheit der Forschung", widerspricht jeder humanistischen Auffassung von Menschenwürde und Menschenrechten. Es nähert sich dem faschistischen Umgang mit "lebensunwertem Leben", erinnert an die Euthanasie im Nazi-Deutschland, 150.000 behinderte Menschen wurden vergast und Frauen und Männer zu Hunderttausenden zwangssterilisiert.
Es kann nicht beruhigen, wenn die Befürworter in der Bundesregierung und im Bundestag erklären, in Deutschland sollten "Schutzkriterien" höher angesetzt werden, jedoch nur soweit dies kein "Standortnachteil" in der Forschung bringe.

Vor dem Hintergrund der schändlichen Verbrechen der Nazis, zu denen wie der Völkermord und der Holocaust auch der KZ-Terror und die Euthanasie zur "Erbgesundheitspflege des deutschen Volkes" gehören, kann es nur ein bedingungsloses **Nein** zu der Bioethik-Konvention geben.
Wir fordern die zuständigen Minister Schmidt-Jorzig, Rüttgers und Seehofer und die in dieser Sache initiativ gewordenen Abgeordneten von CDU/CSU, FDP und SPD auf, ihre Vorlage für die Zustimmung im Bundestag zurückzuziehen.

Bundesausschuß der VVN-BdA

NS-Psychiatrie

Am Sonnabend, dem 30. Mai, informiert der Gedenkkreis für die Opfer der NS-Psychiatrie, in dem sich auch Angehörige engagieren, im Krankenhaus-Museum im Park des Zentralkrankenhauses Bremen-Ost über seine Aktivitäten. Es soll ein Künstlerwettbewerb realisiert werden, der die NS-Medizinverbrechen an kranken und behinderten Bremern thematisiert.
Das Programm umfaßt außerdem ein[e] Studienfahrt, die in der Zeit vom 1[...] 15.September nach Polen führt. Mehr Informationen unter 0421/4081757 oder im Internet über http://www.isbremen.de/is.bremen/Bremen/Museeen/Krankenhausmuseum/is.html.

„Fortschritte" der Humangenetik ?

Die Humangenetik machte in den letzten Jahren unglaubliche Fortschritte. Die Humangenetiker der Uni Würzburg überwanden dabei sogar kurzerhand fast sämtliche ethischen und rechtlichen Schranken und nahmen ohne Einwilligung von Verwandten oder Betreuern Blutproben von ca. 160 behinderten Heimbewohnern der St.-Josefs-Stiftung zu genetischen Forschungszwecken. Angeblich soll das Material in anonymisierter Form nur zur Erstellung von Diplom- und Doktorarbeiten dienen, doch wer die Geschichte unserer Mediziner kennt und um die rechtlichen Fortschritte bei der genetischen und medizinisch-technischen Untersuchung sogenannter Nichteinwilligungsfähiger weiß (Stichwort: Bioethik-Konvention), der vermutet Schlimmes. Das alte Ziel der Vernichtung sämtlicher genetisch-bedingter Behinderungen haben einige Ärzte und Forschungseinrichtungen wohl noch nicht aufgegeben. Heute wie damals geht die Verwirklichung dieses „hehren Ideals" auf Kosten der Behinderten.

Ulrich

Rechte Mobilmachung in Ostdeutschland

Am 26. April erzielte die DVU in Sachsen-Anhalt mit 12,9% das höchste Wahlergebnis einer neofaschistischen Partei in Deutschland und am 1. Mai organisierte die NPD am Völkerschlachtdenkmal in Leipzig mit etwa 3.000 Teilnehmern die größte neofaschistische Kundgebung in den neuen Bundesländern.

Dennoch darf der NPD-Aufmarsch nicht überbewertet werden. Angekündigt hatte die Partei bis zu 15.000 Beteiligte. Gleichzeitig erlebte sie in Sachsen-Anhalt ein Debakel, da es ihr nicht gelang, die für eine Wahlzulassung notwendige Zahl an Unterschriften zusammenzubekommen. Und dies, obwohl die Partei ihre Mitgliederschwerpunkte mittlerweile in Sachsen und Thüringen hat.

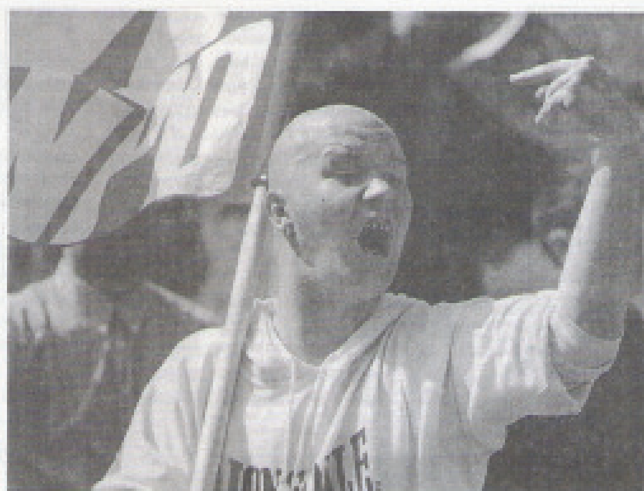
Die Veranstaltung „Leipzig zeigt Courage" am Vortag der NPD-Kundgebung mit etwa 10.000 Besuchern zeigt, daß in dieser Region ein starkes antifaschistisches Potential vorhanden ist. Der DGB hatte zusammen mit Künstlern wie „BAP", den „Prinzen" und einigen Politikern die Veranstaltung als Zeichen gegen den Rechtstrend geplant.

„Mit Riesenaufwand konnte die DVU Protestwähler mobilisieren." Solche Sätze sind immer wieder zu lesen, wenn bestimmte Politiker und Journalisten den Wahlerfolg der DVU kommentieren. Das Wahlverhalten der „Protestwähler" sagt in diesem Fall doch nur aus, daß sie den Neofaschisten in Sachen Minderheitenpolitik (Abschiebepraxis, „Saubere Stadt", etc.) mehr „Kompetenz" zutrauen. Wir leben in einer Informationsgesellschaft, und das heißt, daß sich die Wähler informieren können, wen und was sie wählen. Der „Protestwähler" sollte wissen, wem er da seine Stimme gibt.

Die 3-Millionen-Werbekampagne hat der DVU den Wahlerfolg gebracht. Mit dazu bei trug der Bremer Zahnrad-Fabrikant Siegfried-Fritz Tandler, der die DVU seit langem mit größeren Spenden unterstützt, wie neuerlich die Zeitung „Die Woche" anmerkte. Der Multimillionär Frey soll sich nun auch in Bremen eingekauft haben. Das Zirkular „Bambule" meldet, daß er sich ein nicht ganz kleines Haus in Oberneuland erworben hat. Es wird vermutet, daß dieses zu den Bundestagswahlen im September und den Bürgerschaftswahlen im Frühjahr 1999 genutzt werden soll.

Was derzeit in Magdeburg vorgeht zeigt, daß die CDU wenig Interesse an der Bekämpfung neofaschistischer Parteien hat. Eine Zusammenarbeit mit der SPD gegen die DVU von dem Ausschluß der PDS abhängig zu machen, ist nicht nachvollziehbar. Wenn Peter Hintze, Generalsekretär der CDU, im heute-journal vom 12.05. sagt: *„DVU und PDS schöpfen aus der gleichen trüben Quelle"* macht es deutlich, wie wenig geschichtliches Wissen die CDU hat. Sozialismus mit Nationalsozialismus gleich zu stellen ist Geschichtsklitterung ersten Grades.

Die Ultrarechten in der Union wollen die Neonazis wieder einmal weit rechts überholen. So spricht Bernd Protzner, CSU-Generalsekretär, davon, daß jetzt wieder „härtere Themen, insbesondere Recht und Ordnung", gefragt seien, und der bayerische Finanzminister Erwin Huber verlangt eine stärkere Berücksichtigung der „nationalen Interessen". Theo Waigel fordert eine andere Ausländerpolitik und mehr Innere Sicherheit.



Die Ästhetik des „nationalen Widerstandes" (NPD-Demo in Leipzig)

Der Aufmarsch der dünnbeinigen Jungfaschisten und dem ergrauten Überbleibsel aus vergangenen Tagen, war kein großer Erfolg. Und dann müssen sich die Nazis auch noch den sehr gut lesbaren Spruch: *„Nie wieder Faschismus"* gefallen lassen. Denn dieser hängt hoch oben am abgesperrten Völkerschlachtdenkmal.

Insgesamt dreimal hatte die Stadtverwaltung von Leipzig versucht, die Kundgebung am geschichtsträchtigen wilhelminischen Steinkoloß zu untersagen, bis sie das Oberverwaltungsgericht Bautzen frühmorgens mit der Begründung genehmigte, die NPD sei eine legale Partei und somit könne von staatlicher Seite nicht behauptet werden, sie würde verfassungsfeindliche Ziele verfolgen. Die Reaktion des designierten Oberbürgermeisters Wolfgang Tiefensee (SPD) auf diese Entscheidung war: *„Jetzt beginnt erneut die Hatz auf die, die man treten kann."* Die Ausweichveranstaltungen in Halle und Gera wurden trotz Einsprüche der NPD verboten. Untersagt wurde letztendlich auch der Marsch durch Leipzig, nicht aber die Hauptkundgebung. Wieso? Denn gerade die Genehmigung ist der eigentliche Erfolg der NPD.

Der Vorsitzende der NPD, Udo Voigt, versuchte zu erläutern worum es geht: *„Sozialismus* [er hat doch sicherlich das Wort National vergessen; Anm. des Autors] *ist machbar. Aber nicht in einer multikulturellen Gesellschaft."* Alle arbeitslose Ausländer raus, keine Renten für „Nichtdeutsche" und so weiter und so fort. Im Hintergrund singt ein Chor: *"Hoch die nationale Solidarität"*, meint aber eher „Hoch die Tassen", denn zum Saufen haben sich die meisten, trotz eines Verbots des Veranstalters, mehr als genug mitgebracht. Dann „singt" ein Nazi-Barde namens Frank Rennicke, daß er stolz ist, ein Deutscher zu sein und "„begleitet" sich selber mit dürren Gitarrenklängen. Den etwa 5.000 Gegendemonstranten läuft es kalt den Rücken runter: *„Mein Gott, ist das schlechte Musik."* Die Redner am Schluß haben kaum noch ein Publikum, denn das liegt samt seinen Bierdosen im Schatten.

Für uns als Antifaschisten stellen sich zwei unmittelbare Aufgaben. Zum einen ist es unbedingt notwendig, die soziale Demagogie der Neofaschisten als solche zu entlarven. Ihre Ideologie und Praxis führen zum Niedergang der sozialen Rechte und zum Durchmarsch der Kapitalinteressen. Dagegen muß gerade der Antifaschismus positive Signale setzen und die vorhandenen und stärker werdenden Bewegungen, wie die der Arbeitslosen, mit einbeziehen. Zum anderen müssen die Schranken zwischen dem Antifaschismus in Ost und West fallen. Immer noch arbeiten beide nebeneinander her. Eine enge Zusammenarbeit ist dringend notwendig. NPD und DVU stammen schließlich aus der alten BRD und haben hier ihre Wurzeln und Vordenker.

Gerold (AG Neofaschismus)

„Hanse Records“ - Rechtsrock auch aus Bremen

Seit einiger Zeit wenden sich Antifaschistinnen und Antifaschisten verstärkt gegen rechtsorientierte CD-Vertriebe. Dies ist auch nötig, denn mittlerweile versuchen verschiedene neofaschistische Organisationen über das Medium Musik an den Nachwuchs heranzukommen. So warf das NPD-Bundesvorstandsmitglied Jens Pühse (Freising), Kader der verbotenen „Nationalistischen Front“, jüngst über die NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ eine Vertriebsliste mit ca. 400 (!) CD-Titeln auf den Markt. Das Hochglanzmagazin „Rock-Nord“ (Auflage: ca. 15.000) stellt monatlich 18 neue Platten vor, z.B. in der Februarnummer so hübsche wie „Sturmwehr: Bataillone des Sieges“, „Freikorps: Volk und Vaterland“ oder „Hauptkampflinie: Für Deutschland ein Lied.“

Die Szene rechter Skinheads bildet sich vor allem über die gemeinsame Musik, entsprechende Konzerte und ungezählte regionale Kleinzeitschriften. Über die Bedeutung der oft halb geheim organisierten Konzerte schreibt Jörg Weitzner im „Handbuch Deutscher Rechtsextremismus“: „Diese Konzerte sind wichtig für die Szene. Sie gelten als Kontaktbörse und werden zur politischen Vorfeldarbeit genutzt. Wir könnten sie auch pädagogisch aufbereitete, vertonte Parteitage nennen. Psychologisch wirken diese Konzerte extrem motivierend, da sie den oft vereinzelt und unter antifaschistischem Druck lebenden Nazi-Skins die vermeintliche Stärke der Bewegung suggerieren. Zudem werden hier Kontakte zu organisierten Nazis hergestellt, verbotene Platten und Symbole sowie Fanzines veräußert“.(S. 788)

Stilistisch ist diese Musik ungefähr so mutig wie der deutsche Schlager, mit dem er auch den Zwang zu absurden Reimen gemein zu haben scheint. (Eine Kostprobe der Gruppe Rheinwacht: „Armes Deutschland, was ist aus dir geworden, wo Mütter ihre Kinder ermorden?“) Man suhlt sich in Selbstmitleid, feiert „Deutschland“ und bastelt sich ein arschdummes Geschichtsbild zusammen. Permanent wird zur Gewalt gegen alles Unordentliche, Fremde, Weibliche und Undeutsche aufgefordert:
„Siehst Du einen Türken in einer Straßenbahn, schaut er Dich irgendwie provozierend an, dann stehst Du einfach auf und haust ihm eine rein. Du ziehst Dein Messer und stichst siebzehnmal hinein!“ (Gruppe „Endsieg“)

Auch die Konzertberichte erklären, warum sich Neofaschisten soviel von dieser Szene erhoffen. Auch die noch nicht direkt politisierten Skins üben sich hier in Gruppenzwänge, Sexismus und gewohnheitsmäßige Brutalität ein. So wurde z.B. ein Konzert in Bremerhaven am 03.05.1997 wegen allgemeiner Schlägerei abgebrochen. (nach dem Fanzine „Neue Doitsche Welle, 4/97).

Auf sein Konzert in Bremen am 20.06.1997 rückte der Veranstalter Torsten Lemmer mit Leibwache an. Er ließ u.a. die Gruppen „Hauptkampflinie“, „08/15“, „Foierstoss“ und „Kraftschlag“ antreten. Auch hier ging es nicht ohne größere Schlägerei ab. (nach dem Fanzine „Foier Frei!“, Nr. 12)
Von Bremen (Schwachhausen) aus wirkt bei alledem der Vertrieb „Hanse Records“ mit. Er wirbt in dem neonazistischen Pamphlet „Bramfelder Sturm“ für seine über 200 verschiedenen CD-Titel, darunter die Gruppen „Heldentreue“, „Volksaufstand“ und „Brutal Attack“. Einer seiner Eigentümer ist selbst Mitglied der bereits seit 1980 bestehenden Band „Endstufe“. Deren Platten wurden von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften z.T. auf den Index gesetzt. Ihre CD „Allzeit bereit“ wurde auf Beschluß eines Amtsgerichts wegen Volksverhetzung eingezogen. Konzerte gibt Endstufe in Bremen angeblich nicht mehr, nachdem „1991 ein polizeibeachtetes Konzert im Schulzentrum Huchting“ stattfand wie die *taz Bremen* (16.05.) schrieb. Berichtet wird ferner, daß „Endstufe“ Ende Mai ein Konzert auf Mallorca geben will.

Da alle diese Bestrebungen dazu dienen, den Nationalsozialismus wiederzubeleben, sind sie selbstverständlich illegal.

Es ist ein Skandal, daß der Innensenator Borttscheller die fortgesetzten kriminellen Akte von „Hanse Records“ duldet, obwohl die ihm zuarbeitende Verfassungsschutzbehörde zugibt, seit Jahren informiert gewesen zu sein. (*WK*, 15.05.) Damit hat er den im Grundgesetz verankerten Auftrag des Nazismus-Verbotes (Artikel 139) mißachtet.

Thomas (AG Neofaschismus)

Volksverhetzer verurteilt

Ein 62jähriger Mann übergibt einer Lehrerin ein Exemplar der hinlänglich bekannten Broschüre *„Aufruf an alle Deutschen zur Notwehr gegen die Überfremdung“*. Sie übergibt dieses Pamphlet der Schulleitung, die dann die Staatsanwaltschaft informiert. *„(...) Im Gerangel um die Zuständigkeit schieben sich derzeit allerdings Kanzleramt, Justiz- und Innenministerium den Fall hin und her, so daß die Ermittlungstätigkeit derzeit noch auf Eis liegt.“* So verhöhnt die Deutsche Stimme, „Mitteilungsblatt“ der NPD die staatstragenden Organe der Republik.

Anders als im Fall der Anzeige, die wir als VVN-BdA Bremen gegen die Unterzeichner des „Aufrufs“ erstattet haben, hat der zuständige Staatsanwalt in Bremen das Verfahren gegen den Mann nicht an die Staatsanwaltschaft Dresden abgegeben, sondern am 17. April 1998 in Bremen eine Verurteilung erwirkt. Das Urteil lautet 1.200 DM Geldstrafe. Das Machwerk bezichtigt die Juden der „Landnahme“ Deutschlands, was als „Völkermord“ bezeichnet wird. Bei derartigen Argumentationen fühlte sich das Gericht um 65 Jahre zurückversetzt. Alle noch existierenden Exemplare der Broschüre sind zu vernichten, ordnete das Gericht an. Es ist noch nicht rechtskräftig, da der Ewiggestrige Revision eingelegt hat. Es ist trotzdem das erste Urteil, das in der Sache des „Aufrufs“ gesprochen wurde.

Gerold (AG Neofaschismus)

Ostpreußen-treffen in DEL

Mit einem offenem Brief wandte sich die Delmenhorster Gruppe der VVN-BdA an ihren Stadtdirektor Dr. Boese: Er möge doch darauf verzichten, auf der Großveranstaltung der Ostpreußischen Landsmannschaft (OL) am 19.04.98 in Delmenhorst eine Rede zu halten. Grund für den Protest seien nicht das großangelegte Kaffeetrinken und Kontaktesuchen der älteren Generation, sondern die politische Zielsetzung der OL. Die Funktionärsriege und hier besonders die Jüngeren pflegten enge Kontakte zum neofaschistischen Lager. Die OL sei „in ihrer Gesamtheit als revanchistisch“ zu bezeichnen. Dieser offene Brief wurde in der Lokalpresse stark beachtet. Dr. Boese erwies sich als nicht flexibel genug, um seine Teilnahme noch absagen zu können. In seinem Antwortschreiben distanzierte er sich jedoch inhaltlich von revanchistischen Zielen und betonte, daß er auch in seiner Rede darauf hingewiesen habe, daß „der zweite Weltkrieg und der deutsche Überfall auf Polen die Welt und die Landkarte verändert haben.“

Thomas (AG Neofaschismus)

Aufgespießt

„NPD, Republikaner, DVU unterscheide ich nicht. Das ist für mich alles rechtsradikaler Sumpf. Das hieße, Scheiße nach Geruch zu sortieren.“
Der niedersächsische Innenminister Gerhard Glogowski (SPD) auf einem Pressefrühstück in Hannover nach einen Bericht der Agentur *ap*

Dringend Spenden benötigt

Obwohl wir unserem Landesvorstand und vor allem dem Geschäftsführenden Vorstand ein sparsames Geschäftsgebaren bescheinigen können, sind wir aufgrund der sich ständig verändernden Kommunikationsentwicklung gezwungen, Anstrengungen zu unternehmen, um den Anschluß auf diesem Gebiet nicht zu verlieren.

Daher haben wir nach reiflicher Überlegung beschlossen, uns mit entsprechenden Geräten zu versorgen. Nur so ist eine effektive Büroarbeit auf Dauer möglich. Der Computer wird ebenfalls zur Herstellung und dem Versand des BAF genutzt. In Zahlen ausgedrückt: Bei jeder BAF-Nr. haben wir Zeitersparnisse von ca. zwei Stunden durch das direkte Bedrucken der Briefumschläge.

Unsere Haben-Seite ist dadurch sehr in Mitleidenschaft gezogen worden, daher meine Bitte als Landeskassierer an alle Kameradinnen und Kameraden: Tragt mit dazu bei, unsere Finanzen wieder ins rechte Lot zu bringen.

Wir sind als gemeinnützige Vereinigung vom Finanzamt anerkannt. Spendenbescheinigungen von uns werden somit von Finanzamt bei einer Lohn- und Einkommensteuer-Veranlagung berücksichtigt.

Wir würden uns über jede Spende freuen. Im Voraus vielen Dank.

Friedel

Entschuldigung für Guernica

Am 26. April 1937 bombardierte die deutsche Wehrmacht die baskische Stadt Guernica, das heute für die Verbrechen der Wehrmacht steht, bevor der Zweite Weltkrieg begann. Die Legion Condor, stationiert in Wunstorf bei Hannover, ermordete mehr als 1.600 Menschen. Es war der erste massive Luft- und Bombenangriff auf eine unbewaffnete Zivilbevölkerung in der neueren Kriegsgeschichte. Guernica und andere Städte wie Almeria, waren Erprobungsorte für die neuen deutschen Waffen und die Moral der Wehrmachtssoldaten beim Morden.

Seltsam mutet die Einigkeit der, Abgeordneten an, wenn sich der Bundestag am 24. April bei der Stadt entschuldigt, die Deutsche vor 61 Jahren zerstörten. Gegen den Willen von CDU/CSU und FDP setzten PDS und Grüne einen Änderungsantrag durch, der die Benennung von Kasernen nach Soldaten der Legion Condor vorsah. So sind Kasernen in Braunschweig und Visselhövede nach dem Wehrmachtsmörder Oberst Werner Mölder benannt worden. Wieder einmal zeigt sich, wie tief die Bundeswehr in den Traditionen der Wehrmacht verankert ist. Der Antrag der PDS hatte nur eine Chance, da neben den zehn Abgeordneten von PDS und den Grünen, nur noch fünf von der Koalition anwesend waren, und die fünf SPD-Politiker sich der Stimme enthielten.

Gerold

Justitia mit der Augenbinde

Die Augenbinde soll doch wohl verdeutlichen, daß ein Jeder, der mit dem Gesetzt in „Konflikt" geraten ist, gleich behandelt wird. Wenn man jedoch die Praktiken der Gerichte, der Richter verfolgt, kommt man nicht umhin zu argwöhnen, daß die Augenbinde sich häufig verschiebt und Justitia sich erst einmal den Delinquenten ansieht, um dann zu einem Urteil zu kommen. Wie ist es sonst zu verstehen, daß kleine Untaten im Verhältnis zu großen Untaten (Unterschlagungen, Steuerbetrügereien usw.) schärfer geahndet werden. Besonders deutlich wird es bei der Behandlung von Überfällen und Brandstiftungen gegen Asylbewerber und andersfarbige Menschen.

Es zeigt sich immer deutlicher, daß Justitia auf dem rechten Auge erblindet, wie kann es sonst geschehen, daß die Brandstifter des Lübecker Asylbewohnerheimes trotz des Geständnisses eines der Beteiligten weiterhin frei herumlaufen.

Bundesinnenminister Kanther (CDU) hat zwar den Richtern vorgeworfen, sie würden zu milde Urteile verhängen (WK vom 24.04.1998), dies bezieht sich aber nicht auf die Gewalttäter im rechten Spektrum und die Großbetrüger, sondern damit ist die Kleinkriminalität gemeint.

Wir Antifaschisten verurteilen jedes verbrecherische Handeln, fordern aber, daß die geltenden Gesetze konsequent ohne verschobene Augenbinde und ohne Wenn und Aber Anwendung finden.

„Vor dem Gesetz ist jeder gleich!?"

Friedel

Verfolgte des NS-Regimes und Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer aller antifaschistischen Richtungen gründeten 1947 die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes". 1971 öffnete sich die VVN den nachfolgenden Generationen und erweiterte sich zur VVN-Bund der Antifaschisten". Die VVN-BdA kämpft heute als parteiunabhängige, strömungs- und generationsübergreifende Organisation für die ***„Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln"*** und für den ***„Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit"*** wie es im Schwur der Häftlinge des KZ Buchenwald vom 19. April 1945 heißt.

☐ Ich möchte mehr über die VVN-BdA wissen.

☐ Ich bin bereit, einzelne Aktionen zu unterstützen und möchte informiert werden.

☐ Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.

☐ Ich möchte den Bremer Antifaschisten probeweise/regelmäßig beziehen.

Mich interessieren vor allem folgende Themenbereiche:

☐ Einwanderer und Flüchtlinge

☐ Neofaschismus

☐ Frieden/Antimilitarismus

☐ Geschichtsforschung

☐ Erinnerungsarbeit

Name ____________________

Vorname ____________________

Straße ____________________

PLZ, Ort ____________________

Telefon ____________________

Geb.-Datum ____________________

Beruf ____________________

Bremen, den ____________________

Unterschrift ____________________

Bitte einsenden an:

VVN-BdA Bremen e.V., Bürgermeister-Deichmann-Str. 26, 28217 Bremen

Neuerscheinung im Mai

Wer die Geschichte, die Tradition, die Funktion, die Idiologien und Feindbilder der Bundeswehr kennt, kann über die jüngsten neofaschistischen Skandale in der Bundeswehr nicht überrascht sein. Ulrich Sander schildert in seinem Buch *«Szenen einer Nähe»* die strukturellen Hintergründe und Rahmenbedingungen der rechtsextremen Orientierung und Aktivitäten.

Ulrich Sander:

«Szenen einer Nähe - Vom großen RechtsUm bei der Bundeswehr»

Hardcover, 160 Seiten, 15 Abbildungen, 19,90 DM
ISBN 3-89144-258-0
Pahl-Rugenstein Verlag

Entschädigung, kein Lohnersatz

Die 1. Zivilkammer des Bremer Landgerichts verhandelte am 21. April 1998 die Klage dreier ehemaliger Zwangsarbeiterinnen, die 1944 – 1945 in Bremen unter unmenschlichen Bedingungen Bombentrümmer beseitigen mußten. Die drei Frauen aus Ungarn, Polen und Rumänien gehörten zu den 800 jüdischen Zwangsarbeiterinnen, die der Bremer Bausenator im August 1944 beim SS-Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt aus Auschwitz angefordert hatte.

Die heute 70 – 80 Jährigen waren in den Pferdeställen in der Hindenburgkaserne und im KZ-Außenlager Stuhr-Obernheide untergebracht. Unter strenger Bewachung durch die SS mußten sie in Bremens Innenstadt Trümmer wegschaffen. Ganze 4 Mark bezahlte Bremen pro Frau und Tag an das KZ Neuengamme. Der Vorsitzende der 1. Zivilkammer, Helmut Gass, findet es „ganz unerträglich", daß eine der drei Jüdinnen bisher keinerlei Entschädigung erhalten habe.

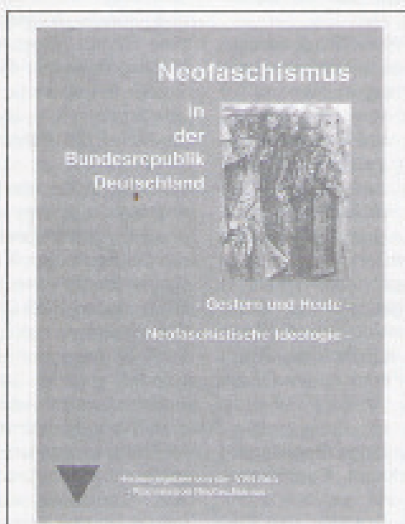
Als Rumänin sei sie nicht unter das Bundesentschädigungsgesetz gefallen. Sie soll nun wahrscheinlich am 02. Juni 15.000 DM Entschädigung zugesprochen erhalten. Eine Entschädigung der anderen beiden Klägerinnen hält er nicht für denkbar, trotz „tiefen Mitgefühls". Durch eine frühere Entschädigung nach dem BEG sei ihr Lohnanspruch „wohl mit abgegolten". Der Anwalt sieht das anders. „Dies wäre so, als würde ein Unternehmer sein Personal verprügeln und dafür Schmerzensgeld zahlen, aber den Lohn vorenthalten".

Raimund

Neue Broschüre der VVN-BdA:
„Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland"

Was ist eigentlich Neofaschismus? Was denken NeofaschistInnen und was sind ihre Ziele? Unter welchen Bedingungen gewinnen sie Einfluß?

Keine abschließenden, aber fundierte und knappe Antworten auf diese Fragen gibt die Broschüre der Neofaschismuskommission:



„Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland - Gestern und Heute - Neofaschistische Ideologie", welche die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der AntifaschistInnen und Antifaschisten (VVN-BdA) jetzt herausgegeben hat.

Diese Broschüre soll ein Beitrag zur Diskussion über die Gefahr und Funktion des Neofaschismus sein. Sie soll zugleich der Debatte über die Strategie gegen Neofaschismus und Rechtsruck Impulse geben und so zum Handeln anregen.

Sie beginnt mit einem kurzen Überblick über die weitgehend unbekannte und verdrängte Geschichte des Neofaschismus in Deutschland, der seit 1945 ununterbrochen wirksam ist.

Im Hauptteil stellt sie die „innere Landkarte" der NeofaschistInnen, ihre Ideologie in ihren Zusammenhängen dar. Ausgehend vom neofaschistischen Leitbild der sogenannten „Volksgemeinschaft" beleuchtet und belegt die Broschüre die Ideologieelemente Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus, Führerstaat und Elite, Antikommunismus und Antiliberalismus, Soziale Demagogie, Geschichtsrevisionismus, Terror, Militarismus und Revanchismus.
Eine Auswahlbiographie sowie weitergehende Hinweise auf die Neofaschismus-Archive der VVN-BdA sowie die Neofaschismus-Ausstellung der VVN-BdA runden die Broschüre ab.

„Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland
- Gestern und Heute
- Neofaschistische Ideologie"
Herausgegeben von der VVN-BdA, Kommission „Neofaschismus", 50 Seiten, 4,-- DM + Porto

Bezug: im Büro oder bei: VVN-BdA, Rolandstraße 16, 30161 Hannover

Thomas

Der Bremer Antifaschist ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA).

Wir sind regelmäßig erreichbar in der Bürgermeister-Deichmann-Str. 26
28217 Bremen
Tel.: 0421/38 29 14
Fax: 0421/38 29 18
E-Mail: vvn-bda.bremen@iname.com

Unsere neue Internetadresse:
http://www.vvn-bda.de/bremen

Montag: 16:00-19:00 Uhr
Donnerstag: 15:00-18:00 Uhr

Für unsere Arbeit werden dringend Spenden benötigt:
Die Sparkasse in Bremen
BLZ:29050101 - Konto-Nr.: 1031913
Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

Anmeldungen von Gruppen für antifaschistische Stadtrundgänge entweder im Büro oder direkt unter 0421/6112 62.

Mitgliederöffentlich trifft sich montags der Geschäftsführende Vorstand von 18:00 - 20:30 Uhr und der Landesvorstand jeden 4. Montag von 18:00 - 20:30 Uhr.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluß: 10. des Monats

V.i.s.d.P.: Willy Hundertmark (Ehrenvorsitzender)
Nachdruck ist mit Quellenangabe und Belegexemplar erwünscht!

Geburtstage im Juni 1998

Lore	Buchholz	02.06., 71 J.
Ingrid	Emmenecker	08.06., 60 J.
Rudi	Sonnet	11.06., 76 J.
Hermann	Gautier	25.06., 78 J.
Marta	Minder	27.06., 74 J.
Ingeborg	Breidbach	27.06., 70 J.

Herzlichen Glückwunsch allen Kameradinnen und Kameraden vom Landesvorstand